



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 3/17

I. Das Wichtigste zuerst

1. Ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt - Reform des Insolvenzanfechtungsrechts

Nach langen Verhandlungen hat sich die Koalition auf eine Reform des Insolvenzanfechtungsrechts geeinigt. Aus der Praxis sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen Unternehmen nach erfolgter Lieferung mit Kunden Ratenzahlungen vereinbaren, weil diese aufgrund der finanziellen Situation nicht sofort oder den Gesamtbetrag auf einmal zahlen können. Unternehmen, die sich auf solche Ratenzahlungen einlassen, um dem Kunden das Begleichen der Schuld zu erleichtern, werden bislang im Falle der Insolvenz der Schuldner bestraft. Sie müssen das teilweise vor Jahren an sie Gezahlte an den Insolvenzverwalter zurückzahlen, ohne, dass das Geleistete zurückerstattet wird.

Mit neuen Regeln schaffen wir Rechtssicherheit nicht nur für Unternehmer, sondern auch für Arbeitnehmer. Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass sie Zahlungen, die sie für Leistungen erhalten haben, behalten können. In Zukunft können Insolvenzverwalter nicht mehr hohe Beträge von Unternehmen zurückfordern, nur weil diese etwa vor längerer Zeit Ratenzahlungen mit dem nunmehr insolventen Kunden vereinbart haben.

Aus beruflicher Erfahrung weiß ich, dass das Problem ein häufiges ist. Auch wurde ich bereits von Firmen im Wahlkreis auf das Problem aufmerksam gemacht. Umso mehr freue ich mich, dass eine Einigung mit dem Koalitionspartner erzielt werden konnte.

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Die Arbeitswoche begann für mich diesmal bereits am Samstag. Die 16. Bundesversammlung kam im Deutschen Bundestag zusammen, um den künftigen Bundespräsidenten zu wählen. Gewählt wurde Frank-Walter Steinmeier, bei dem ich sicher bin, dass er das höchste Staatsamt mit Würde ausfüllen wird (S. 2).

Es sind nur noch sieben Monate bis zur Bundestagswahl. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige und große Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung an, u.a. innere Sicherheit betreffend. Dabei ist es wichtig, die Handschrift der Union deutlich zu machen. Wir werden uns aber auch inhaltlich mit dem SPD-Kandidaten auseinandersetzen. Martin Schulz hat schon für Europa die falschen Rezepte, wie etwa die Vergemeinschaftung der Schulden, die ein absolut falscher Weg für die EU wäre. Bis zum Sommer wird die CDU gemeinsam mit der CSU ein Regierungsprogramm für die Bundestagswahl am 24. September erarbeiten. Ziel ist es, wieder die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu werden.

Zum ersten Mal nach der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes fand unsere Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik statt. Es bleibt dabei: die Umsetzung wird schwierig, sie ist aber notwendig und machbar (S. 2).

Ganz besonders gefreut habe ich mich diese Woche über den Besuch von zwei Schulklassen des Klettgau-Gymnasiums Tiengen. Die lebhafteste Diskussion drehte sich um aktuelle politische Themen (S. 3).

Herzliche Grüße
Ihre

Künftig sollen zudem Fälle, in denen Insolvenzverwalter Löhne von Arbeitnehmern zurückgefordert haben, ausgeschlossen sein. Eine weitere wichtige Änderung für alle von Anfechtungen überzogenen Gläubiger ist die Begrenzung der Zinsregelung. Die Zinsen auf Insolvenzanfechtungsforderungen werden erst mit dem Eintritt des Verzugs entstehen. Die Union hat durchgesetzt, dass diese Regelung auch schon für bereits eröffnete Verfahren gilt und damit sogleich auch „kassenwirksam“ wird.

2. Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik mit Ulli Hockenberger MdL

Auf Werner Raab MdL, der als behindertenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion sich über viele Jahre hinweg für die Belange der Menschen mit Behinderungen im Land eingesetzt hat, folgt Ulli Hockenberger MdL, den ich im Rahmen unserer zum wiederholten Mal stattgefundenen Bund-Länder-Klausur zur Behindertenpolitik in Berlin kennenlernen durfte. Das Bundesteilhabegesetz wurde nach intensiven Verhandlungen verabschiedet. Die Umsetzung stellt jetzt die Länder und die Kommunen vor Herausforderungen. Ein weiteres Thema war die Einführung eines bundesweiten, barrierefreien Notrufes. Den technischen Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt und es wäre wirklich an der Zeit, einen solchen Notruf einzuführen. Das Vorhaben kann allerdings nur in enger Abstimmung mit den Ländern gelingen.



3. Wahl des Bundespräsidenten

Am Sonntag wurde der neue Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Seit ich politisch aktiv bin, also schon seit gut 40 Jahren, wollte ich einmal Mitglied der Bundesversammlung sein. Es ist schon sehr beeindruckend, wenn 1.260 Mitglieder im Plenum des Reichstages namentlich aufgerufen werden und nach der Wahl zusammen die Nationalhymne singen. Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt eine sehr politische Rede,



in der er den Zusammenhalt der demokratischen Kräfte beschwor. Ich erwarte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dass er sein Amt ohne Parteipolitik ausfüllen wird. Beim anschließenden Empfang konnte ich ihm zusammen mit meinem württembergischen Kollegen Roderich Kiesewetter MdB aus Aalen gratulieren (s. Bild).

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen. Unsere Polizisten und die Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste verdienen Respekt und Wertschätzung. In Anbetracht zunehmender Gewaltdelikte insbesondere gegenüber Polizisten und anderen Vollstreckungsbeamten haben wir in erster Lesung ein Gesetzesvorhaben zum besseren Schutz dieser Personengruppen bei gewalttätigen Übergriffen beraten. Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen, wie Festnahmen, eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifen-gang und der Unfallaufnahme.

III. Sonstiges

1. 50 Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums Tiengen im Reichstag

Diese Woche haben mich gleich zwei Schulklassen des Klettgau-Gymnasiums Tiengen im Deutschen Bundestag besucht. Die aufgeweckten Zehntklässler stellten mir Fragen zu aktuellen politischen Themen. Sie erkundigten sich nach meinem politischen Werdegang und dem Alltag einer Politikerin. Die Frage der Schüler, ob der Umzug am 11. November noch Sankt Martinsumzug heißen dürfe, beantwortete ich mit eindeutigem Ja. Wir müssen unsere Traditionen und Werte bewahren. Diskutiert haben wir außerdem die Sterbehilfe, das Schweizer Atomkraftwerk sowie das Verhältnis der Bundestagsabgeordneten untereinander.



2. Red Hand Day – Kinder sind keine Soldaten!

Auch in diesem Jahr habe ich mich an der Aktion der Kinderkommission des Deutschen Bundestages beteiligt und meine Hand im Kampf gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten gezeigt. Das Symbol der Aktion, die rote Hand steht für den Kampf gegen den Missbrauch von Kindern in Kriegen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind weltweit immer noch 250.000 Kindersoldaten in mindestens 20 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler oder Spione im Einsatz.



3. Paris-Reise der Landesgruppe Baden-Württemberg



Die zweite Informationsfahrt der CDU-Landesgruppe führte nach Paris. Der Landesgruppenvorsitzende, Andreas Jung aus Konstanz, hat in seiner Funktion als Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe interessante Türen in der französischen Hauptstadt öffnen können. Ein Besuch in der deutschen Botschaft im Palais Beauharnais und Austausch mit dem deutschen Botschafter Nikolaus Meyer-Landrut stand auf dem Programm, weiter der Besuch in der Assemblée Nationale (Parlament) im Palais Bourbon und im Aussenministerium Quai d'Orsay, eine Stadtrundfahrt und der Gang zur Kirche Sacre Coeur auf dem Montmartre. Neben interessanten Gesprächen haben mir insbesondere die Führungen durch die historischen Gebäude sehr gefallen. Mehr Bilder von der Reise finden Sie [hier](#).

ment) im Palais Bourbon und im Aussenministerium Quai d'Orsay, eine Stadtrundfahrt und der Gang zur Kirche Sacre Coeur auf dem Montmartre. Neben interessanten Gesprächen haben mir insbesondere die Führungen durch die historischen Gebäude sehr gefallen. Mehr Bilder von der Reise finden Sie [hier](#).

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de

Ich freue mich auf Sie!

2. Meine Termine der nächsten Tage (Auswahl):

- | | |
|-------------------------|---|
| 19.-21. Februar: | • Delegationsreise des Ausschusses für Arbeit und Soziales nach Wien, zum Thema „Rentenpolitik“ |
| 23. Februar: | • Traditionelles Heringessen am Schmutzigen Dunschtig, Stadtscheuer, Waldshut |
| 01. März: | • Politischer Aschermittwoch mit Wolfgang Bosbach MdB und Thomas Strobl, Fellbach |
| 02. März: | • Betriebsbesichtigung Schilling Engineering GmbH mit Bürgermeister Georg Eble, Wutöschingen |
| 05.-06. März: | • Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe, Berlin |